

Rückenwind aus Europa für Jugendbeteiligung in Deutschland

Wie die EU-Jugendstrategie Teil deutscher Jugendpolitik wird

Ann-Kathrin Fischer

Mit der Verabschiedung der EU-Jugendstrategie (1) im November 2009 hat der EU-Jugendministerrat der europäischen Zusammenarbeit im Jugendbereich für die Jahre 2010 bis 2018 einen neuen Rahmen gegeben. Knapp ein Jahr später sind in Deutschland die ersten Umsetzungsschritte vollzogen und es zeigt sich, dass ein neuer Wind in der deutschen Jugendpolitik weht: Europäische Jugendpolitik ist nicht mehr ein komplexes Extra, das nur für einen ausgewählten Expert(inn)enkreis interessant ist, sondern wird integraler Bestandteil von Jugendpolitik in Deutschland. Der Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Josef Hecken, spricht diesbezüglich gar vom Beginn einer »neuen Ära« (2). Für die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe und damit auch für die Träger der politischen Bildung bietet diese Entwicklung eine nicht zu unterschätzende Chance, zentrale Themen ihrer Arbeit mit europäischem »Rückenwind« voranzutreiben.

Ein Papier mit Wirkung – die EU-Jugendstrategie

Die EU-Jugendstrategie legt die Ziele, thematischen Schwerpunkte, Instrumente und Verfahren fest, zu denen und mit denen man in diesem Zeitraum kooperieren möchte. Damit liegt erstmals ein einheitlicher Ansatz für die jugendpolitische Kooperation in Europa vor. Setzten vorher das Weißbuch »Neuer Schwung für die Jugend Europas« (2001) und die damit verbundenen Prozesse und Verfahren, der Europäische Pakt für die Jugend (2005) und der Strukturierte Dialog mit der Jugend (2006) den eher intransparenten Rahmen für die Zusammenarbeit, ist dieser nun in einem Dokument zusammengefasst. Der Verabschiedung der EU-Jugendstrategie voraus ging ein breit angelegter Konsultationsprozess, an dem neben den Regierungen der Mitgliedstaaten auch alle Akteure der Kinder- und Jugendhilfe und junge Menschen beteiligt waren (3).

Inhaltlich verfolgt die EU-Jugendstrategie zwei Ziele: Zum einen sollen mehr Möglichkeiten und mehr Chancengleichheit für junge Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt geschaffen werden, zum anderen soll das gesellschaftliche Engagement, die soziale Eingliederung und die Solidarität junger Menschen gefördert werden. Diese beiden Ziele möchte man auf zwei Wegen erreichen:

- durch konkrete jugendpolitische Initiativen, also durch Maßnahmen und Aktionen, die gezielt auf junge Menschen ausgerichtet sind (Ressortpolitik);
- durch ein ressortübergreifendes Vorgehen, also durch die konsequente Berücksichtigung der Belange von Jugendlichen in anderen Politikbereichen (Querschnittspolitik).

Inhaltlich konzentriert sich die jugendpolitische Zusammenarbeit in den kommenden Jahren auf acht so genannte Aktionsfelder (Allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, soziale Eingliederung, Jugend in der Welt sowie Kreativität und Kultur). Für jedes Aktionsfeld wurden Ziele festgelegt, die verdeutlichen, worin die jugendpolitische Komponente des Bereichs besteht. Ergänzt werden die Ziele durch eine Liste möglicher Initiativen, die von den Mitgliedstaaten und/oder der Kommission im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeit umgesetzt werden können. Dabei wird ausdrücklich das Subsidiaritätsprinzip hervorgehoben. Schließlich fällt die Jugendpolitik in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten; die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa erfolgt auf freiwilliger Basis.

Für die politische Bildung finden sich bei den aufgeführten Zielen und Initiativen zahlreiche Anknüpfungspunkte. Zu nennen wären beispielsweise die »Nutzung [...] des nicht formalen Lernens zur Förderung von Zusammenhalt und gegenseitigem Verständnis der unterschiedlichen Gruppen«, die »Förderung von Informations- und Bildungsaktivitäten, die sich an junge Menschen richten und deren Rechte zum Gegenstand haben« oder die »Sensibilisierung junger Menschen für globale Fragen wie nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte«. Vor allem aber sei das Aktionsfeld »Teilhabe« hervorgehoben. Als Ziel wird hier die Förderung der »Teilhabe junger Menschen [...] auf allen Ebenen der repräsentativen Demokratie und der Zivilgesellschaft sowie in der Gesellschaft ganz allgemein« formuliert. Um dieses Ziel zu erreichen, werden unter anderen die Förderung der Teilhabe junger Menschen an der repräsentativen Demokratie, in Jugendorganisationen und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft und die Unterstützung verschiedener Formen des Erwerbs von Partizipationskompetenz vorgeschlagen.

Über dieses Aktionsfeld hinaus spielt die aktive Teilhabe junger Menschen aber noch an anderer Stelle der EU-Jugendstrategie eine wichtige Rolle. Die Strategie spricht jungen Menschen an zentraler Stelle das Recht zu, an der Gestaltung der sie betreffenden Bereiche von Politik und Gesellschaft mitzuwirken. Zentrales Instrument hierfür ist der so genannte Strukturierte Dialog, der als Plattform für einen ständigen Gedankenaustausch über die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa und deren thematische Schwerpunkte dienen soll. Weitere Instrumente der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa sind unter anderem ein alle drei Jahre erscheinender EU-Jugendbericht, das Voneinander-Lernen (»Peer Learning«) und ein Monitoring durch ausgewählte Indikatoren. Dabei sollen diese rein jugendpolitischen Instrumente auch als Grundlage für den Austausch mit anderen Politikbereichen dienen.

Angesichts der Vielzahl der Themen wird der Zeitraum bis 2018 in Dreijahreszyklen unterteilt, in denen man sich ausgewählten Prioritäten widmen wird. In der ersten Hälfte des Zyklus 2010 bis 2012 will man sich dem Thema »Jugendbeschäftigung« widmen, weitere Schwerpunkte sind »Soziale Eingliederung«, »Jugendarbeit« und »Teilhabe«.

Die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland

Mit der Verabschiedung der EU-Jugendstrategie durch den EU-Jugendministerrat erging an die Europäische Kommission, aber vor allem auch an die EU-Mitgliedstaaten die Aufforderung, deren Inhalte umzusetzen. Die

Reaktionen und Initiativen der vergangenen Monate zeigen, dass diese Aufforderung in Deutschland sehr ernst genommen wird. So wurden auf Initiative des BMFSFJ verschiedene Umsetzungsvorhaben auf den Weg gebracht. Aktiv unterstützt wird das Ministerium dabei von den Bundesländern. In einem Beschluss erklärte die Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 17./18. Juni 2010 in Schwerin: »Die JFMK sieht in der Entscheidung eine große Chance für die Weiterentwicklung der Jugendpolitik in Deutschland und hält die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland für ein geeignetes Mittel, um zur Verbesserung der Lebenslagen junger Menschen beizutragen. Die JFMK will daher der Aufforderung der Europäischen Union an die Mitgliedstaaten Rechnung tragen, nationale Umsetzungsstrategien zu realisieren« (4). Die Länder bekräftigten darüber hinaus ihre Bereitschaft, im Rahmen der eigenen Zuständigkeit an der Ausgestaltung der Ziele mitzuwirken und sich aktiv mit eigenen Beiträgen bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland zu engagieren. In diesem Zusammenhang wurde die Arbeitsgemeinschaft der Obersten Landesjugend- und Familienbehörden, die die JFMK bei fachlichen Fragen der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt und länderübergreifende Fragen behandelt, aufgefordert, gemeinsam mit dem Bund eine geeignete Form der Bund-Länder-Koordination zu entwickeln.

Anfang Oktober 2010 nahm eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern ihre Arbeit auf, mit dem Auftrag gemeinsame Themenstellungen und Instrumente zu vereinbaren und den Austausch über Maßnahmen des Bundes und der Länder zu gewährleisten. Beide Ebenen haben sich darauf verständigt, sich in einer ersten Phase auf drei Schwerpunktthemen zu konzentrieren:

- Partizipation junger Menschen
- Nicht-formale Bildung
- Übergänge zwischen Schule und Berufswelt

In diesen drei Bereichen möchte man bis 2013 »signifikante Verbesserungen« erzielen. Derzeit befinden sich Bund und Länder im Klärungsprozess über die konkreten Zielsetzungen. Wissenschaftlich begleitet wird die Zusammenarbeit von Bund und Ländern durch ein Monitoring des Deutschen Jugendinstituts, welches die Akteure beraten und unterstützen und ihre Zusammenarbeit evaluieren soll.

Die Bund-Länder-Kooperation und das sie begleitende Monitoring bilden zwei von insgesamt fünf »Eckpfeilern«, die die Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland im Zeitraum 2010 bis 2013 unterstützen werden. Die weiteren »Eckpfeiler« sind:

- Beirat des Bundes zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie: Zur Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure der Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik und zur Vernetzung der staatlichen Ebenen hat der Bund einen Beirat eingerichtet. Aufgabe der Beiratsmitglieder ist es, den Umsetzungsprozess durch Fachexpertise zu begleiten und ihn in die verschiedenen Wirkungsfelder und Netzwerke weiterzutragen. Der Beirat hat sich Mitte Oktober konstituiert und wird jährlich zu zwei Sitzungen zusammentreten.

- Schnittstelle zur Unterstützung des Transfers zwischen Deutschland und der EU: Um die Transferwege von und nach »Europa« zu verbessern, soll ein engerer Austausch mit einzelnen Mitgliedstaaten, Gruppen von Mitgliedstaaten und der EU erreicht werden. Ziel ist es unter anderem, die Entwicklung europäischer Initiativen im Rahmen der Umsetzungsstrategie sowie die Entwicklung von Peer-Learning-Prozessen zu unterstützen. Die Schnittstelle ist bei JUGEND für Europa, der deutschen Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION angesiedelt.
- Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland: Über den Strukturierten Dialog sollen junge Menschen und ihre Zusammenschlüsse aktiv an der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa beteiligt werden. Aufgabe der beim Deutschen Bundesjugendring angesiedelten Koordinierungsstelle ist es unter anderem, den Beteiligungsprozessen in Deutschland Sichtbarkeit zu verleihen, sie zu bündeln sowie die beteiligten Akteure zu unterstützen und sie miteinander zu vernetzen.

Eine wichtige Zielsetzung der EU-Jugendstrategie ist auch die ressortübergreifende Zusammenarbeit, um alle Bereiche, die das Leben junger Menschen bestimmen, einzubeziehen und Politik im Sinne junger Menschen zu gestalten. Für die Umsetzung in Deutschland wurden sowohl innerhalb des BMFSFJ als auch zwischen den Bundesministerien, die jugendrelevante Bereiche verantworten, Arbeitsgruppen eingerichtet. Gemeinsam arbeitet man daran, die Inhalte der EU-Jugendstrategie in andere Politikbereiche einzuflechten und ihnen so eine europäische Dimension zu verleihen.

Die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe sind aufgefordert, den weiteren Umsetzungsprozess aktiv mitzugestalten. Europäische Jugendpolitik findet nicht mehr nur im fernen Brüssel statt und richtet sich an ausgewählte Expert(inn)enkreise, sondern hat direkten Einfluss auf die Jugendpolitik des Bundes und der Länder, die wiederum die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit gestalten. Angestrebt ist darüber hinaus, dass die EU-Jugendstrategie die kommunale Ebene erreicht. Angesichts der angespannten Haushaltslage wird es in den allermeisten Fällen keine gesonderten Fördertöpfe für die Umsetzung der EU-Jugendstrategie geben, stattdessen ist damit zu rechnen, dass in bestehenden Förderprogrammen neue Schwerpunkte gesetzt und ausgewählte Module neu ausgerichtet werden. Dabei beinhaltet die EU-Jugendstrategie für die Akteure der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland keine neuen Themenfelder. Im Gegenteil, der neue Schub aus Europa kann genutzt werden, um Themen, die seit Jahren im Mittelpunkt der eigenen Arbeit stehen, weiter voranzubringen. Für die politische Bildung steht dabei sicherlich das Thema der Teilhabe junger Menschen im Vordergrund.

Jugendbeteiligung auf allen Ebenen Europas – der Strukturierte Dialog

Umfragen und Untersuchungen zeigen, dass Jugendliche der europäischen Integration zwar grundsätzlich positiv gegenüberstehen, gleichzeitig aber seit Jahren eine deutliche Distanz zu den politischen Institutionen besteht und die Einflussmöglichkeiten als unzureichend empfunden werden. Um junge Menschen aktiv an europäischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihr Interesse an der Europäischen Union und deren Institutionen zu steigern, griff der EU-Jugendministerrat im November 2005 auf einen Vorschlag des Europäischen Jugendforums zurück und empfahl der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten, einen so

genannten Strukturierten Dialog mit jungen Menschen zu etablieren (5). In den folgenden Jahren wurde das Konzept allmählich weiterentwickelt. Mit der EU-Jugendstrategie wird der Strukturierte Dialog zum zentralen Instrument der Jugendbeteiligung in der Europäischen Union und erhält dadurch neues Gewicht, das sich auch in der Ernsthaftigkeit widerspiegelt, mit der viele Mitgliedstaaten – darunter auch Deutschland - seine Umsetzung nun fortsetzen bzw. vorantreiben.

Das Konzept des Strukturierten Dialogs beruht auf einem von unten nach oben gerichteten Ansatz («bottom-up»): In allen Mitgliedstaaten der EU treten politische Entscheidungsträger/innen mit jungen Menschen auf allen Ebenen - von der lokalen über die regionale und die nationale Ebene - in einen Dialog zu ausgewählten Themen, um Wünsche, Bedarfe und Forderungen zu formulieren. Die Ergebnisse dieser dezentral angelegten Beteiligungsprozesse sollen jeweils in die Debatten auf der nächst höheren Ebene einfließen. Zusammengeführt bilden die Ergebnisse aus ganz Europa die Grundlage für die regelmäßig stattfindenden europäischen Jugendkonferenzen, auf denen Jugendvertreter/innen und Vertreter/innen der für Jugend zuständigen Ministerien aller Mitgliedstaaten zusammenkommen. Die Ergebnisse dieses EU-weiten Beteiligungsprozesses sollen einen wirksamen Beitrag zur Gestaltung europäischer Politik im Sinne von Jugendlichen leisten, aber auch die Politik in den Mitgliedstaaten beeinflussen.

Zeitlich ist der Strukturierte Dialog in Arbeitsphasen von 18 Monaten unterteilt, für die jeweils ein europaweites Oberthema vorgegeben wird, das den Prioritäten der jugendpolitischen Zusammenarbeit entspricht. Für die erste Arbeitsphase (Januar 2010 bis Juni 2011) ist dies das Thema Jugendbeschäftigung.

Die EU-Jugendstrategie verleiht dem Strukturierten Dialog neues Gewicht. Neben einem europäischen Lenkungsausschuss, der die Gesamtkoordination übernimmt, empfiehlt sie den Mitgliedstaaten die Einrichtung nationaler Arbeitsgruppen. Sie sollen die Partizipationsprozesse in den Mitgliedstaaten unterstützen und wichtige Akteure innerhalb des Landes einbeziehen. In Deutschland haben der Deutsche Bundesjugendring und das BMFSFJ die Federführung für die Einrichtung einer solchen Arbeitsgruppe übernommen. Sie wird sich Mitte November konstituieren und sich unter anderem aus Vertreter/innen der Bundesländer, der Kommunen, der Jugendverbands-, der Jugendsozialarbeit sowie der Jugendforschung zusammensetzen.

Zugegeben, das Ganze klingt ein wenig komplex und ist in der konkreten Umsetzung nicht ganz einfach. Das haben auch die vergangenen Jahre gezeigt. Betrachtet man aber die Entwicklung der Jugendbeteiligung in der Europäischen Union, so stellt der Strukturierte Dialog eine neue Qualität dar. Lange Zeit bildeten die von den jeweiligen EU-Ratspräsidentschaften veranstalteten EU-Jugendevents das zentrale Instrument der Jugendbeteiligung. Dabei handelte es sich in der Regel um singuläre, zum Teil auch elitäre Großveranstaltungen, bei denen Jugendliche an einem verlängerten Wochenende Forderungen zu einem vorgegebenen Thema erarbeiteten, die anschließend im politischen Nirwana verschwanden. Die Idee des Strukturierten Dialogs, Themen über einen längeren Zeitraum zu bearbeiten, möglichst viele Jugendliche zu beteiligen, indem den EU-Jugendkonferenzen Dialogprozesse in den Mitgliedstaaten vorgeschaltet werden, und den Ergebnissen dadurch mehr Verbindlichkeit zu verleihen, bedeutet deshalb eine deutliche Verbesserung. Die Umsetzung stellt trotzdem eine Herausforderung dar.

Schauen wir uns das Ganze in der Praxis an: In allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind Jugendliche derzeit aufgefordert, sich mit Aspekten des Thema »Jugend und Beschäftigung« auseinander zu setzen und ihre Forderungen und Wünsche mit politischen Entscheidungsträgern/-innen auf der entsprechenden Ebene zu diskutieren. Ob dies im Rahmen eines gesonderten Projekts geschieht oder einer sowieso stattfindenden Aktivität (z.B. Gruppenstunde, Seminar, Zeltlager), ist ebenso frei wie die Methode. Idealerweise sollten die Ergebnisse dieser Dialoge von unten nach oben weitergeben und am Ende von der nationalen Koordinierungsstelle – begleitet von der nationalen Arbeitsgruppe – gebündelt. Vor den etwa halbjährlich stattfindenden EU-Jugendkonferenzen werden die Ergebnisse an den europäischen Lenkungsausschuss weitergeleitet, der die Resultate aus allen Mitgliedstaaten zu einem gesamteuropäischen Katalog zusammenfasst. Dieser bildet die Grundlage für die EU-Jugendkonferenz. Die letzte fand Anfang Oktober 2010 im belgischen Leuven statt. Dort arbeiteten 100 Jugendvertreter/innen, darunter drei aus Deutschland, und 65 Vertreter/innen der Jugendministerien gemeinsam daran, aus diesem Input Empfehlungen zu 8 Schwerpunktbereichen zu formulieren (die Schwerpunkte waren Ergebnis der vorangehenden EU-Jugendkonferenz und der sie begleitenden Konsultation). Die Empfehlungen werden dem EU-Jugendministerrat vorgelegt, sollen aber auch von den Jugendlichen und den politischen Entscheidungsträgern/-innen in den Mitgliedstaaten reflektiert werden, so dass sich der Kreis des Dialogs schließt. Ziel ist es, dass die Empfehlungen in konkrete Politik umgesetzt werden- und zwar auf europäischer Ebene und in den Mitgliedstaaten.

Über die Aktion 5.1 (Begegnungen junger Menschen mit Verantwortlichen für Jugendpolitik das Programm) fördert das EU-Programm JUGEND IN AKTION Projekte zum Strukturierten Dialog. Um zur Entwicklung eines langfristig tragfähigen Konzepts zum Umsetzung des Strukturierten Dialogs beizutragen haben JUGEND für Europa und der Deutsche Bundesjugendring ein Modell für eine gezielte Förderstrategie entwickelt. Weitere Informationen unter: www.jugend-in-aktion.de/aktionsbereiche/begegnungen-mit-verantwortlichen-der-jugendpolitik

In Deutschland beteiligen sich immer mehr Träger der Jugendhilfe am Strukturierten Dialog und bieten Jugendlichen in diesem Rahmen Teilnahmemöglichkeiten an. Die Zahl der Angebote sollte aber ausgeweitet werden, um möglichst viele Jugendliche in Deutschland zu erreichen. Hierzu gilt es, den Strukturierten Dialog bekannter zu machen, Transparenz über die Abläufe her- und die für seine Umsetzung notwendigen Rahmenbedingungen bereitzustellen. Eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen ist, dass die Beteiligung und das commitment auf Seiten von Politik und Verwaltung sichergestellt sind. Bereits durchgeführte Projekte haben gezeigt, dass Jugendliche großes Interesse am Dialog haben, jedoch fehlten häufig die politischen Partner/innen. Des Weiteren muss die Qualität der Aktivitäten weiterentwickelt werden; nicht jedes Treffen zwischen Jugendlichen und Politikern/-innen ist automatisch Teil des Strukturierten Dialogs.

Noch stehen wir am Anfang eines Prozesses, doch die Einrichtung der nationalen Koordinierungsstelle und der nationalen Arbeitsgruppe stellen wichtige Schritte dar für die weitere Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland dar. Darüber hinaus zeigt das aktive Engagement der Obersten Landesjugendbehörden in mehre-

ren Bundesländern, dass großes Interesse daran besteht, die Jugendbeteiligung in Europa und damit auch in Deutschland auf diesem Wege zu fördern.

Anmerkungen

- (1) Entschließung des Rates vom 27. November 2009 über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 311 (2009), S. 1-11, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2009:311:FULL:DE:PDF>.
- (2) JUGEND für Europa: »Mit der Umsetzung der EU-Jugendstrategie hat eine neue Ära begonnen«, Interview mit Josef Hecken vom 1. Oktober 2010, http://www.jugendpolitikineuropa.de/1oforum_ein/news-646.html.
- (3) Die Positionen deutscher Träger sind unter <http://www.jugendpolitikineuropa.de/strateu/news-573.html?> zu finden.
- (4) Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK) am 17./18. Juni 2010 in Schwerin: Nationale Umsetzung der Europäischen Jugendstrategie, http://www.jfmk2010.de/cms2/JFMK_prod/JFMK/de/bes/JFMK_-_17._und_18._Juni_2010_in_Schwerin/TOP_9.1_EU_Jugendstrategie.pdf.
- (5) Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 14./15. November 2005 über Maßnahmen zur Berücksichtigung der Anliegen Jugendlicher in Europa — Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung eines aktiven Bürgersinns, in: Amtsblatt der Europäischen Union C 292 (2005), S. 5-6.

Autorin

Ann-Kathrin Fischer ist Leiterin der beim Deutschen Bundesjugendring angesiedelten Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland.

E-Mail: ann-kathrin.fischer@dbjr.de

Der vorliegende Artikel wurde erstmalig veröffentlicht in der Zeitschrift: Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, Heft 4/2010.

<http://www.adb.de/publikationen/zeitschrift-ab.php>

Die Autorin weist darauf hin, dass der Text im Oktober 2010 entstanden ist und demzufolge die neuesten Entwicklungen bei der Umsetzung des Strukturierten Dialogs und der EU-Jugendstrategie in Deutschland nicht berücksichtigt. Aktuelle Infos zum Strukturierten Dialog unter: www.strukturierter-dialog.de.

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT
Wegweiser Bürgergesellschaft
Redaktion Newsletter
Bornheimer Str. 37
53111 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de